Berlin, warnen eindringlich vor den Folgen derartiger Wirtschaftspolitik.

Alle einsichtigen Wirtschaftspolitiker sind sich darüber klar, daß eine der Hauptursachen der schweren Wirtschaftskrise die **mangelnde Kaufkraft der Massen** ist. Diese Einsicht war sogar bis in die deutsche Reichsregierung gedrungen. Sie empfahl daher, freilich ohne den nötigen Nachdruck, den **Preisabbau** der Waren. Die **Wucherzölle** haben gerade die entgegengesetzte Wirkung; sie sind Hohn auf die Bestrebungen nach Verbilligung der Warenpreise. Die Zölle halten die Preise unnatürlich hoch und bringen die deutschen Verbraucher um den Genuß der niedrigen **Weltmarktpreise**. Und das alles zu Liebe und zum Nutzen einer verhältnismäßig kleinen Schicht des deutschen Volkes, der Großagrarier, nicht etwa der kleinen Bauern. Vertuschen will man es mit nationalistischem Geschrei gegen die Reparationslasten, obwohl die Belastung der deutschen Verbraucher durch Zölle und Lebensmittelsteuer einen Vergleich mit den Reparationslasten aushält.

Das hat Dr. **Martin Kanterberg** kürzlich in einem Aufsatz des Magazins der Wirtschaft in sehr interessanter Weise an der Hand amtlichen Zahlen- und Tatsachenmaterials dargetan. Danach liegen **in Deutschland die Lebensmittelpreise über denen aller Nachbarländer**, zum Teil sehr viel darüber. Rund 2,5 Milliarden Mark muß die deutsche nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mehr für Lebensmittel ausgeben, als die in Ländern ohne die hohen Zölle. Ein Vergleich der durchschnittlichen Großhandelspreise in Deutschland und auf den Weltmärkten auf die Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931 ergibt eine **Differenz von 2384 Millionen Mark zuungunsten Deutschlands!** Dabei ist die große Handelsspanne der Preise zwischen Groß- und Kleinhandel nicht in Betracht gezogen. Und diese Feststellung bezieht sich nur auf die **allerwichtigsten Lebensmittel**: Roggen, Weizen, Rind- und Schweinefleisch, Butter, Eier, Zucker. Bemerkenswert ist, daß sich die Verteuerung am schlimmsten beim Fleisch auswirkt. Beim Schweinefleisch beträgt sie 823, beim Rindfleisch 263, zusammen also 1086 Millionen Mark. Auf Weizen und Roggen entfällt die Summe von 788 Millionen Mark. An die völlige Unterbindung der Einfuhr billigen Gefrierfleisches ist da noch nicht einmal gedacht.

Die **Kaufkraft der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung** Deutschlands wird demnach durch die hohen Zölle ganz enorm **geschwächt**. Das heißt, sie könnte die Summen, die sie in unnötig hohen Lebensmittelpreisen aufwenden muß, für andere Waren ausgeben: für Kleidung, Schuhwerk, Möbel und dergleichen. Durch die Statistik ist bekannt, daß der Umsatz in diesen Waren sehr stark zurückgegangen ist, weil der Mensch natürlich zuerst an die Fristung des nackten Lebens denken muß, ehe er sich anderes leisten kann. Umsatzrückgang aber bedeutet Einschränkung von Betrieben, Kurzarbeit, Vermehrung der Arbeitslosigkeit. **Das ist das Ergebnis der gegenwärtigen deutschen Zoll- und Wirtschaftspolitik!** Sie verschärft die Krise und verschlimmert die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands. Dann kommt man mit Notverordnungen, die keinerlei Rücksicht auf diese Zustände nehmen, im Gegenteil, weiter auf dem falschen Wege schreiten. Ist es nicht z. B. empörend, daß die gesamte Landwirtschaft bis zu einem Einkommen von 6000 M. von der **Krisensteuer befreit bleibt, während der Arbeiter schon bei einem Einkommen von über 1200 M. von ihr betroffen wird?!**

Aus einer Berechnung der Ausgabe des gesamten Lohn- und Gehaltseinkommens ergibt sich, daß im Jahre 1929 noch 34 Prozent davon für industrielle Konsumgüter und andere veränderliche Ausgaben verwendet werden konnten, 1930 aber nur noch 16 Prozent, also über die Hälfte weniger. Dafür mußten jedoch für Nahrungs- und Genußmittel 1930 55 Prozent, 12 Prozent mehr als 1929, ausgegeben werden. Der Nutzen, den gewisse Kreise der Landwirtschaft von den hohen Zöllen haben, kommt aber nicht etwa, besonders aber nicht sofort, der allgemeinen Wirtschaft zugute. Die dadurch erzielten Summen an Einnahmen werden nicht oder nur allmählich ausgegeben und in Waren umgesetzt. Sie dienen hauptsächlich der Anschaffung von Produktionsmitteln und Ergänzung der Betriebe, womit man jetzt begreiflicherweise sehr vorsichtig ist. Die Kaufkraft der Landwirtschaft kommt also nicht oder bei weitem nicht in dem Maße zur Betätigung, wie sie in den Verbraucherkreisen durch die Zölle geschwächt wurde. Mit den hohen Zöllen wird Raubbau an den lebenswichtigen Interessen der Masse des deutschen Volkes und an der gesamten deutschen Volkswirtschaft getrieben.

Dazu nun die **neue Notverordnung!** Sie hat noch gefehlt. Die 400 Millionen Mark, um die man die sozialen Leistungen allein in der Arbeitslosenfürsorge verringern will, schwächen die Kaufkraft des Allerärmsten weiter. Das soziale Elend wird vergrößert. Der Zucker wird um 6 Pf. das Pfund, das Petroleum um 7 Pf. das Liter verteuert. Die enorme Erhöhung der Mineralölzölle von 11,2 auf 18,8 Pf. pro Liter kann von ruinöser Bedeutung für die Kraftverkehrindustrie werden. Eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit ist zu erwarten. — Wenn endlich die wirtschaftliche Vernunft einen Platz in der deutschen Wirtschaftspolitik erhalten soll, dann muß die Parole sein:

Herunter mit den Zöllen!

Der Beamtenbeirat des Gesamtverbandes hat am Freitag zur **Notverordnung** Stellung genommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestiert er gegen die untragbare Sonderbehandlung der öffentlichen Arbeitnehmer und fordert, daß sie von der Gehalts- und Lohnkürzung wieder befreit und nur der allgemeinen Krisensteuer unterstellt werden.

Kommunistenverhaftungen in Frankreich

P. Paris, 20. Juni. (Eig. Funkspruch.)

In Lille, Roubaix und anderen Städten des Industriegebietes wurden am Freitag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in den Geschäftsräumen der Kommunistischen Partei **Haussuchungen** vorgenommen.

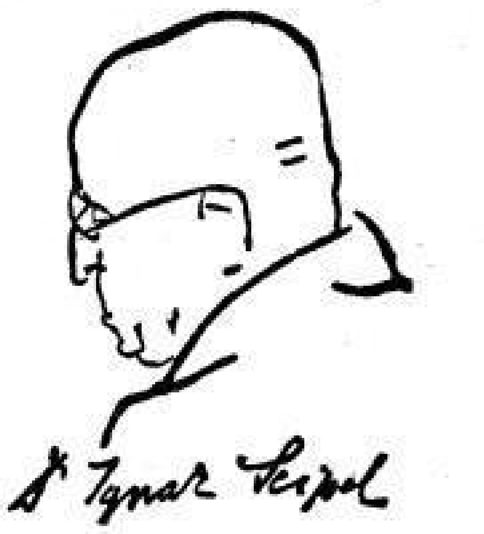
Es wurden zahlreiche Dokumente über die Vorbereitung der von den Kommunisten Ende voriger Woche in Roubaix angestifteten Unruhen beschlagnahmt. Fünf junge Kommunisten, die an den Unruhen führend beteiligt waren, wurden **verhaftet**. Gegen 12 ausländische Studenten, die seit Beginn des Streiks eine lebhafte „revolutionäre" Tätigkeit entwickelten, sind Ausweisungsbefehle zugegangen.

Seipel als Regierungsbildner

Die Sozialdemokratie lehnt ab

A. Wien, 20. Juni. (Eig. Funkspruch.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats hielt am Freitag abend eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie die Aufforderung des vom Bundespräsidenten zur Regierungsbildung berufenen ehemaligen Bundeskanzler Dr. **Seipel** zur Teilnahme an einem Konzentrationskabinett



Kabinett Seipel in Oesterreich?
Bundeskanzler a. D. Dr. Ignaz Seipel erhielt den Auftrag zur Bildung der neuen österreichischen Regierung.

ablehnte. Die bürgerlichen Parteien verhandelten dann unter dem Vorsitz von Seipel ohne die Sozialdemokratie über die Bildung der neuen Regierung.

Nachts um 2 Uhr wurden die Verhandlungen **ergebnislos** abgebrochen, da der gegenwärtige Außenminister Schober und ebenso die Großdeutschen erklärten, daß sie nicht beabsichtigten, mit **Kienböck** gemeinsam in einem Kabinett zu sitzen.

Der ablehnende Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem von Seipel vorgeschlagenen Konzentrationskabinett wurde in einem längeren Schreiben an den ehemaligen Bundeskanzler begründet. Darin heißt es u. a.:

„Die sozialdemokratische Fraktion ist sich dessen bewußt, daß das Land in schwerer Not und Gefahr ist. Die Fraktion ist bereit, auch als Opposition sachlich und mit den anderen Parteien zur Abwehr der wirtschaftlichen Gefahr zusammenzuarbeiten. Die Fraktion hat nicht grundsätzlich abgelehnt, in dieser schweren Stunde auch in eine Konzentrationsregierung aller demokratischen Parteien einzutreten, um an der Ueberwindung der Wirtschaftsschwierigkeiten auch unmittelbar mitzuwirken, aber die Sozialdemokraten können nicht in eine Regierung eintreten, die den bisherigen Regierungskurs der bürgerlichen Parteien ohne **grundsätzliche Aenderung** fortsetzen würde. Die Sozialdemokraten könnten die Mitverantwortung für die Regierung nur dann tragen, wenn der ganze Geist der Gesetzgebung und Verwaltung grundsätzlich und wesentlich verändert würde. In den Verhandlungen mit Dr. Seipel haben die Sozialdemokraten nicht den Eindruck gewonnen, daß die bürgerlichen Parteien schon bereit seien, der Notwendigkeit einer Aenderung des Regierungskurses, die den Sozialdemokraten ermöglichen würde, die Mitverantwortung zu übernehmen, Rechnung zu tragen. Daher ist die Fraktion der Meinung, daß die Voraussetzungen für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung derzeit noch nicht gegeben sind.

Die Fraktion macht nachdrücklich darauf aufmerksam, daß es heute größte Sorge sein muß, die **Arbeitslosenmassen** vor dem physischen Untergang zu bewahren. Die Fraktion fordert daher nicht nur, daß die Absicht einer gesetzlichen Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung aufgegeben wird, sondern darüber hinaus, daß sowohl der **Arbeitslosenversicherung** als auch der **Notstandshilfe** (Krisenfürsorge) die notwendigen finanziellen Mittel beschafft werden. Sie wird ihr Verhalten gegenüber der Regierung vor allem von ihrer Haltung zu diesen Lebensfragen hunderttausender Arbeiter und Angestellten abhängig machen."

Das Blatt ohne Leser

Der bankrotte „Angriff" – Die Nazis können in Berlin kein eigenes Blatt durchhalten!

Die finanzielle Lage des Berliner Naziorgans hat sich in letzter Zeit so kritisch gestaltet, daß der **Reichsleitung der Nazis zur Vermeidung des Konkurses** nichts anderes übrigblieb, als die Bürgschaft für die außerordentlich **hohen finanziellen Verpflichtungen** des Blattes zu übernehmen. Wie groß die Pleite des „Angriffs" ist, ergibt sich u. a. auch daraus, daß der Verlag den Angestellten während des letzten Verbots nicht einmal einen Teil der an sich kärglichen Gehälter zahlen konnte und das Personal **ohne Gehaltszahlung** bis auf weiteres beurlaubt wurde.

Die Nazis protzen so gern mit der wachsenden „Stärke ihrer Bewegung". Die Pleite des Goebbels-Blattes beweist das Gegenteil. Eine politische Partei, die in einer **Siebenmillionenstadt** nicht einmal ein eigenes Organ durchhalten kann, beweist damit ihre organisatorische Schwäche!

Es fehlt die Masse der **zahlenden, opferwilligen Anhänger!**

Genau so jämmerlich steht es mit den kommunistischen Blättern.

•

Die Partei der Reiniger arbeitet mit polnischen Spionen

Der **nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Koch** ist kürzlich vom Schöffengericht Königsberg wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hertz und anderer Sozialdemokraten verurteilt worden. Koch hatte Dr. Hertz Landesverrat zugunsten Polens vorgeworfen. Wegen seiner bisherigen Unbestraftheit erhielt Koch nur eine Geldstrafe von 500 M., der Gewährsmann Kochs dagegen eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Während die Beschuldigungen gegen Dr. Hertz nicht nur widerlegt wurden, sondern auch die Tatsache bewiesen wurde, daß gerade die Sozialdemokratie sich für die Erhaltung Ostpreußens beim Reich eingesetzt hat, brachte das Gericht die interessante Tatsache ans Licht, daß der **Gewährsmann Kochs schon mehrfach wegen Spionage zugunsten Polens vorbestraft ist.**

Spitzel und **deutschfeindliche Spione** sind Freunde und Anhänger der NSDAP.

•

Ein Landtag ohne Präsident

Die SPD.-Fraktion verläßt den Braunschweiger Landtag

Braunschweig, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In der **Freitagsitzung des Braunschweigischen Landtags** kam es wieder zu einem Auszug der sozialdemokratischen Fraktion.

Der **nationalsozialistische Präsident Zörner** wandte sich gegen eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion, die seine Geschäftsführung tadelte. Er behauptete, daß er nicht verpflichtet sei, einen nationalsozialistischen Zwischenrufer, der von Reichsbannerkameraden als Mordgesellen gesprochen habe, zur Ordnung zu rufen, da tatsächlich das Reichsbanner Morde begangen hätte. Die Fraktion der Sozialdemokratie wehrte sich gegen den Eingriff des Präsidenten in die Debatte und protestierte gegen seine einseitige Stellungnahme. Da die Volkspartei den von ihr mitgewählten Präsidenten nach wie vor stützt, kam die sozialdemokratische Fraktion überein, unter Protest die einseitige Geschäftsführung Zörners den Landtag zu verlassen.

Vorher wurde ein Initiativgesetzentwurf der Sozialdemokratie verhandelt, der die Straffreiheit für Eltern verlangt, deren Kinder am **Schulstreik** der weltlichen Schule in Braunschweig teilgenommen haben. Die Redner der Nationalsozialisten erklärten, daß dieser Gesetzentwurf nicht einmal diskussionsreif sei und die Eltern schwer bestraft werden müßten. Der Entwurf wurde dem Hauptausschuß zur Erledigung überwiesen.

•

Die Gerichte gegen Franzen

Braunschweig, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Freitag fanden vor dem hiesigen Schöffengericht die ersten **Gerichtsverhandlungen gegen** [illegible], deren Kinder am **Schulstreik** teilgenommen hatten. Die Eltern haben Einspruch [illegible] ... Das Urteil [illegible]

Terrorwahlen in Bulgarien

Volksblock gegen Regierungskoalition

C. Sofia, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Am **Sonntag wählt das bulgarische Volk** nach vierjähriger Pause — die letzte, am 29. Mai 1927 gewählte Sobranje ist eines natürlichen Todes gestorben — **wieder ein neues Parlament.** Seit dem blutigen Staatsstreich vom 9. Juni 1923 unterwirft sich die Regierung der „Demokratischen Vereinigung", die kürzlich mit den rechtsradikalen Liberalen um Smilow eine Koalition einging, nunmehr zum dritten Male dem Urteil des Volkes. Zweimal konnte sie unter der tat- und schlagkräftigen Mitwirkung der Polizei und bei der völligen Zersplitterung der Opposition mit absoluter Mehrheit in die Kammer einziehen. Diesmal indessen haben sich die Machthaber unter wesentlich schwereren und ungünstigeren Umständen dem Volke zu stellen, da sie sich einer fast geeinten Opposition gegenüber befinden.

Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten, die mit selbständigen Listen auftreten, sowie einiger unbedeutender bürgerlicher Grüppchen hat sich die **Opposition zu einer Kampfgemeinschaft**, dem „Volksblock" **zusammengeschlossen**, dem die im Volke am stärksten verwurzelte Bauernpartei, die Demokraten um Malinow, die Radikaldemokraten und die gemäßigten Nationalliberalen angehören. Dieser „Volksblock", der eine äußerst lebhafte Wahlpropaganda entfaltet und in besonders gefährdeten Bezirken Verwaltungsorganisationen geschaffen hat, besitzt [illegible] Aussichten, der Regierungskoalition eine Wahlniederlage zu bereiten. Andererseits scheint die Regierung fest entschlossen zu sein, den ihr zur Verfügung stehenden Polizei- und Verwaltungsapparat am Wahltage schrankenlos gegen die Opposition loszulassen. Die meisten oppositionellen Blätter, die schon jetzt die Proteste gegen den immer stärker werdenden **Wahlterror** ganze Spalten füllen, spiegeln die große Besorgnis wider, daß das Land am nächsten Sonntag eine Wahl erleben wird, wie sie Bulgarien bisher noch nicht zu verzeichnen hatte.

„Dieser verbrecherische Terror", schreibt der sozialistische Narod wörtlich, „treibt das Land einem neuen Bürgerkriege zu."

Wie werden die Wahlen ausfallen? Es ist diesmal schwieriger denn je, den Ausgang des Wahlkampfes zu prophezeien. Soviel aber kann vorausgesagt werden, daß die **Regierungskoalition, trotz allen Gewalttätigkeiten, eine starke Schwächung** erleiden wird. Ihr gefährlichster Gegner ist der „Volksblock". Der oppositionelle Demokratenführer Malinow, der der Kristallisationspunkt dieses Blocks ist, wird trotz seinem Mißerfolg bei der jüngsten Kabinettskrise als der kommende **Ministerpräsident** bezeichnet. Die Kommunisten, die als „unabhängige" Arbeiterpartei firmieren und in der letzten Kammer vier Mandate hatten, dürften einen nicht unerheblichen Stimmenzuwachs erfahren. Ihr bester Agitator ist das ungeheure **Elend** der ausgepowerten Arbeitermassen. Die Sozialdemokraten, die mit ungebrochenem Kampfgeist allein in die Wahlen gehen, dürften ihre bisherige Stellung — in der letzten Sobranje saßen zehn sozialistische Abgeordnete — behaupten.